



EMBAJADA DE SUIZA
SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT
AMBASSADE DE SUISSE

Ref.: 380.0 - PS/BAM

LIMA 100, 16. Dezember 1992

Casilla 378
Avda. Salaverry 3240
San Isidro
Tel. 62 40 90
Telex 20020

"V e r t r a u l i c h"

PB Nr. 11/1992 - PS

Peru: Schlussbericht

Mit den Worten "Wir erben ein Desaster" hat Präsident Alberto Fujimori (F) am 28. Juli 1990 sein Amt angetreten. Dieses Desaster bestand darin, dass sich die Wirtschaft im dritten Jahr in einer Rezession befand. Die akkumulierte Inflation der fünfjährigen Regierungszeit von Alan Garcia Perez (AGP) erreichte 1'355.027 %. Die Steuereinnahmen betragen noch 4.0 % des BIP und das Fiskaldefizit belief sich auf 7 %; die Devisenreserven wiesen einen Negativsaldo von 317 Mio Dollar auf. Der private Konsum war zwischen 1980 und 1990 um 18.5 % gefallen. Dieses Chaos wurde verwaltet von einem überdimensionierten, ineffizienten Staatsapparat, wo Korruption und Willkür die Regel bildeten.

Da AGP es abgelehnt hatte, die Aussenschuld (er leistete nur Schuldzahlungen an die UDSSR und an die sozialistischen Staaten) zu bezahlen, war Peru nicht mehr wählbar für neue Kredite. Das Land war mithin total isoliert vom internationalen Finanzsystem. Für diese Misstände war allerdings die Regierung AGP's nicht allein verantwortlich. Die Fiskaldefizite begannen mit der 1. Regierung Belaunde. Mit Velasco kam die Protektion der nationalen Industrie und die immer stärkere Rolle des Staates in der Wirtschaft. Unter Anwendung heterodoxer Rezepte unter AGP kam es zum erwähnten Desaster, gewissermassen zur Kulmination der bereits vorhandenen Uebel.

Trotz dieses hinterlassenen Chaos wurde immer wieder von einer möglichen Rückkehr AGP's im Jahre 1995 gesprochen, ein Faktor, der potentielle ausländische Investoren zu grösster Zurückhaltung bewog. F tat in der Folge alles, um AGP für immer von der Macht fernzuhalten. So wurde das gegen den Expräsidenten wegen ungerechtfertigter Bereicherung angestrebte und Ende 1991 eingestellte Strafverfahren kürzlich wieder eröffnet, und Peru bemüht sich derzeit, von Kolumbien, wo AGP seit den Ereignissen vom 5. April 1992 politisches Asyl hat, die Auslieferung zu erreichen. Alan Garcia scheint demnach politisch tot zu sein. Aber man sagt hier immer wieder, dass man schon Tote durch die Strassen Limas habe gehen sehen.



F, der politisch unbekanntes Sohn japanischer Einwanderer wurde 1990 im zweiten Wahlgang mit überwältigender Mehrheit zum Präsidenten Perus gewählt. Er wurde gewählt, weil man in ihm das geringere Übel sah als in dem angekündigten Schockprogramm Mario Vargas Llosa. Die Wähler stimmten somit nicht primär für F, sondern gegen den Schriftsteller. F verfügte weder über einen Regierungsplan, noch eine Equipe, noch eine Mehrheit im Parlament, was ihn jedoch nicht zu kümmern schien. Mit "Ehrlichkeit, Arbeit und Technologie" - so sein Wahlslogan - wollte er die Probleme Perus lösen. Der enigmatisch lächelnde "chinito" der Wahlkampagne, der ein Schockprogramm strikte ablehnte, begann schon bald nach Amtsantritt seinen wahren Charakter zu offenbaren, dessen hervorstechendster Zug - wie sich im Laufe dieser zweieinhalb Jahre zeigte - sein grosser Autoritarismus ist. Es besteht inzwischen auch kein Zweifel mehr, dass F sich als Messias fühlt und sich für berufen hält, die Probleme dieses Landes ein für alle Male zu lösen. So soll er sich gegenüber dem ecuadorianischen Aussenminister überzeugt gezeigt haben, dass die moderne Geschichte Perus mit ihm beginne. Dazu kommt ein grosser Hochmut, der sich u.a. in der Geringschätzung der andern ausdrückt, was der japanischen Mentalität nicht fremd sein soll. Gleichzeitig ist F jedoch voller Ressentiments, da er aus einer armen Familie einer marginalisierten Schicht stammt. Dies wiederum macht ihn einerseits misstrauisch, treibt ihn aber andererseits zu grossen Taten. Sein Image und seine Popularität sind ihm wichtig, und er möchte als Modellpräsident in die Geschichte Perus eingehen. Um dies zu erreichen, handelt er nach dem Motto "der Zweck heiligt die Mittel".

Dass mit diesen Charaktereigenschaften eine Konzertation mit anderen politischen Kräften sowie Allianzen ausgeschlossen sind, ist evident. Ebenso evident ist, dass sein Demokratieverständnis, wie wir es haben, quasi inexistent ist.

F begann vom ersten Tag seiner Regierung an, als er vom Justizpalast als dem "Palast der Ungerechtigkeit" sprach, die bestehenden Institutionen zu diskreditieren und zu erniedrigen. Anstatt die Zusammenarbeit mit dem Parlament zu suchen, ging er auf Konfrontation und Streit aus. Er griff, zum Teil zu Recht, die Führungsgremien der traditionellen Parteien an und satanisierte insbesondere die APRA, die er für sämtliche Übel Perus verantwortlich machte, womit sich in der aktuellen Konjunktur gleichzeitig breite Zustimmung erreichen liess und lässt. Je mehr F die zivilen Institutionen zerstörte, um so mehr stützte er sich auf die Streitkräfte. Durch die Zusammenfassung der Nachrichtendienste der verschiedenen Waffengattungen in einen zentralen, nationalen Nachrichten-

dienst, den er sich persönlich unterstellte und auf den er sich in der Folge völlig abstützte, verschaffte er sich schon früh die Kontrolle über die Kommandos in den Streitkräften, die er entgegen der Tradition nicht mit den Fähigsten, sondern mit den ihm unbedingt ergebenen Offizieren besetzte.

F hatte somit am 5. April soviel Macht bei sich akkumuliert, dass man glauben könnte, dass er seinen Staatsstreich lange zum voraus geplant hatte. Da jedoch vielmehr Improvisation und Ueberraschung den Regierungsstil F's kennzeichnen, ist dies eher zweifelhaft. Er dürfte sich erst nach seiner letzten Japanreise (14.-23. März 1992) dazu entschlossen haben. Inspiriert vom Regierungsmodell der südostasiatischen "Tiger-Staaten", das seiner Persönlichkeit zudem vollkommen entspricht, dürfte er sich entschieden haben, das ihm lästige Parlament aufzulösen, mit der Subversion aufzuräumen und endlich die nötigen Voraussetzungen für ausländische Investitionen zu schaffen. Den Streitkräften kam dies insofern gelegen, als sie damit freiere Hand bei der Terrorismusbekämpfung erlangten. So kam es, dass die Armee F's Staatsstreich vom 5. April unterstützte, das Volk ihn bejubelte und die Wirtschaftskreise ihn beklatschten. Es war damit weder ein Volksaufstand noch ein Gegenputsch möglich. Die Parteien und die Gewerkschaften waren in diesem Moment schon so schwach und diskreditiert, dass eine Mobilisierung der Massen nicht mehr denkbar war.

Was F jedoch in seinem Kalkül nicht beachtet oder unterschätzt hatte, war die Reaktion des Auslandes auf seinen Bruch mit der Verfassung. Wollte er die unter hohen sozialen Kosten eingeleitete Wiedereingliederung in das internationale Finanzsystem nicht aufs Spiel setzten und nicht eine internationale Isolierung riskieren, musste er nolens volens dem Druck der USA, ausgeübt über die OEA und Japans weichen und den Willen bekunden, zur repräsentativen Demokratie zurückzukehren, was er bekanntlich am 18. Mai vor den versammelten OEA-Aussenministern in Nassau mit der Ankündigung von Wahlen für einen konstituierenden Kongress tat.

Was der OEA jedoch nicht gelang, war, die Regierung und die politischen Parteien zu einem aufrichtigen Dialog zu bewegen, damit diese gemeinsam die Wahlmodalitäten für den Kongress festlegten. Die grossen Parteien, die im Dialog eine neue Falle des lügenhaften Präsidenten vermuteten, lehnten es ab, daran teilzunehmen. Nicht am Dialog, aber an den Wahlen zum konstituierenden Kongress nahmen von den traditionellen Parteien schliesslich einzig der Partido Popular Cristiano (PPC) teil. Accion Popular (AP), APRA, Libertad und die dogmatische Linke blieben den Wahlen fern, da sie der Diktatur nicht zur Legitimität verhelfen

- 4 -

wollten. So ergibt sich heute eine extrem polarisierte Situation. Im gewählten Kongress gibt es eine minoritäre innerparlamentarische und daneben die ausserparlamentarische Opposition der grossen Parteien. Für die OEA war übrigens die Destituierung dieses Präsidenten, der sich des Verfassungsbruches schuldig gemacht hatte, aus Furcht vor dem dadurch entstehenden totalen Vakuum nie ein Diskussionspunkt. Aussenminister Gros Espiell hatte dies den Parteien, die das verlangten, von Anfang an klar gemacht.

Mit der Installation des konstituierenden Kongresses mit Legiferierung- und Kontrollfunktionen am 30. Dezember 1992 wird formal die Demokratie wieder hergestellt sein. Mit der Erreichung der absoluten Mehrheit der Regierungsliste Nueva Mayoria-Cambio 90 im Kongress hat F seine Macht konsolidiert und seine Diktatur mit dem Deckmantel der Demokratie camoufliert. Der vermutliche Präsident dieses Kongresses, Yoshiyama, der gegenüber F von einer "religiösen Submission" sein soll, wird nichts gegen die Interessen seines Präsidenten unternehmen, und er wird kaum die Autonomie der Legislative zu verteidigen suchen. Auf Grund der Persönlichkeitsstruktur von F muss davon ausgegangen werden, dass er seine Macht brauchen wird, um den Kongress, der ihm vom Ausland aufgezwungen worden ist, voll für seine Zwecke zu benützen. Er wird ihn - sofern er nicht tut, wie F will - mit irgendwelchen Fragen beschäftigen und dessen Ansehensschwund fördern. Möglicherweise wird dieser Kongress eine "napoleonische Verfassung für Napoleon" ausarbeiten, die wiederum - wie auch die vorherigen Verfassungen Perus - von beschränkter Gültigkeitsdauer sein wird.

Dieses Szenario könnte sich dann ändern, wenn z.B. infolge der Zuspitzung der Wirtschaftskrise die Opposition starken Auftrieb gewinnt oder F die Unterstützung der Armee verliert, was nach der Rebellion von General Salinas am 13. November durchaus in den Bereich des Möglichen gerückt ist. F dürfte kaum versucht sein, den Kongress wiederum aufzulösen, denn die Armee würde ihn wohl nicht ein zweites Mal bei diesem Abenteuer begleiten, da sie mit Abimael Guzman hinter den Gittern die Subversionsbekämpfung nicht mehr als Vorwand anführen könnte. In diesem Fall würde F - sofern er sich an der Macht halten könnte - wohl nichts anderes übrig bleiben, als endlich die verfassungsmässigen Institutionen zu respektieren und sich auf einen Dialog mit den anderen politischen Kräften einzulassen.

In F's Konzept gibt es keinen Raum für einen ihn kontrollierenden Kongress; er glaubt, dass ihm seine Macht direkt aus der Unterstützung des Volkes zukommt, was er reale oder authentische Demokratie nennt. An dieser will er -

- 5 -

wie er sagt - das Volk inskünftig mittels Referenden partizipieren lassen. Bei dem geringen Bildungsstand grosser Bevölkerungsschichten und der leichten Manipulierbarkeit der Massen dürften aber daraus eher Plebiszite werden, mit denen F sich selbst bestätigen lässt, oder die nötigenfalls dazu dienen würden, das Parlament zu umgehen, was in diesen Breitengraden nur destabilisierend wirken kann.

Die Verhältnisse vor dem 5. April 1992, zu denen inzwischen niemand mehr zurückkehren will, waren sicher nicht ideal, aber es bestand zum mindesten eine gewisse Kontrolle durch das Parlament und eine Verfassung mit Garantien. Hätte der Präsident einen konzilianteren Charakter und hätte er eine Verständigung z.B. mit den Parteien, die den Fredemo gebildet hatten, gesucht, so hätte er seine Reformen sicher auch mit dem Parlament durchgebracht. Sein damaliger Premierminister hatte - wie er mir selbst sagte - F vorgeschlagen, innert 1-2 Monaten das Parlament verfassungsmässig aufzulösen, was F jedoch ablehnte, weil er weder warten noch gezwungen sein wollte, innert der von der Verfassung vorgesehenen Frist Neuwahlen abzuhalten.

Die Parteien haben zweifellos versagt, sie wussten sich weder zu erneuern noch zu demokratisieren. Das Volk fühlt sich in ihnen nicht mehr repräsentiert, weshalb sie ihre Attraktivität verloren haben. Ihre wirklich noch vorhandene Stärke wird sich anlässlich der Munizipalwahlen vom 29. Januar 1993 zeigen, an denen alle Parteien - AP, APRA, Libertad und die atomisierte und zerstrittene dogmatische Linke eingeschlossen - teilnehmen werden. Heute gehört die Gunst der Stunde den sog. unabhängigen Bewegungen, die nicht Ideologien, sondern Erneuerung, Fortschritt oder Werke anbieten. Wie sich mit diesen heterogenen Bewegungen Politik machen lässt, wird sich im Kongress zeigen.

Die Frage, wie Peru zu einer Demokratie finden kann, die diesen Namen verdient, weiss niemand zu beantworten. Es wird zwar viel intellektuelles Feuerwerk versprüht, aber ein valabler Vorschlag, gerade auch von den Parteien, fehlt. Vermutlich ist es das Fehlen einer Alternative, die bewirkt, dass heute auch die politische Klasse jede Laune und Willkür dieses Präsidenten protestlos hinnimmt.

In aussenpolitischer Hinsicht waren sämtliche Anstrengungen F's während seines ersten Amtsjahres darauf ausgerichtet, Peru aus der wirtschaftlichen Isolierung herauszuführen und wieder ins internationale Finanzsystem einzugliedern. Völlig unerfahren in der Aussenpolitik und ohne persönliche, internationale Verbindungen ging er rein pragmatisch an diese Aufgabe heran. Er suchte dabei vor

- 6 -

allem - unter Benutzung der Verbindungen von Hernando de Soto - die Unterstützung der USA und Japans zu gewinnen. Im ersten Jahr der Regierung F nahm aufgrund der neuen Wirtschaftspolitik Perus die Kooperation mit den USA beträchtlich zu. Bereits im zweiten Jahr komplizierten jedoch Themen wie der Narcotrafico und die Menschenrechte die Beziehungen zu den USA. Die Frustration über die nicht in dem von Peru erhofften Ausmass fliessenden amerikanischen Mittel kamen - nur fünf Monate nach einem erfolgreichen offiziellen Besuch F's in Washington - in dem verfehlten Treffen zwischen Präsident Bush und F anlässlich des Drogengipfels in San Antonio vom Februar 1992 zum Ausdruck. Nach dem Staatsstreich vom 5. April 1992 wurden die bereits belasteten Beziehungen zu den USA noch schwieriger und komplizierter. Wie sich diese inskünftig unter Clinton entwickeln werden, bleibt abzuwarten. Für Peru wird es jedenfalls unerlässlich sein, mit den USA einen modus vivendi, der stabil, berechenbar und von gegenseitiger Kooperation getragen ist, zu finden. Vom Land seiner Väter hatte F viel, vielleicht zu viel, erwartet. Für Japan bleibt trotz eines Präsidenten japanischer Abstammung klar, dass Lateinamerika und damit Peru zur Einflussphäre der USA gehört und dass Japan deshalb nicht allein oder gegen die nordamerikanischen Interessen auf diesem Kontinent handeln würde. Dies hat sich nach F's Staatsstreich gezeigt, als auch Japan als Bedingung für eine weitere Unterstützung die Rückkehr zu demokratischen Institutionen forderte.

Da F von Anfang an alle Anstrengungen auf die Wiedereingliederung ins internationale Finanzsystem, auf die Anziehung ausländischer Investitionen und - dadurch bedingt - eine Verbesserung des Image Perus im Ausland konzentrierte, blieb wenig Raum für die traditionellen politischen Fragen wie die andinische und lateinamerikanische Integration und die Beziehungen mit den Nachbarländern. Einzig zur Zeit von Aussenminister Blacker Miller ergriff F plötzlich Initiativen gegenüber Ecuador, Bolivien und Chile, um äusserst komplexe Probleme mit pragmatischen, aber übereilten Vorschlägen zu lösen. Ausser einem "Image"-Gewinn für F brachten die präsidentiellen Initiativen bisher keine Resultate. Das Grenzproblem mit Ecuador besteht weiter. Die Einräumung der Freizone in Ilo und Boliviamar hat Bolivien die Gelegenheit gegeben, Chile seinen Anspruch auf einen Zugang zum Meer verstärkt in Erinnerung zu rufen, was wiederum die Beziehungen zwischen Chile und Peru belastet hat. Nach dem Staatsstreich vom 5. April hat Venezuela die diplomatischen Beziehungen zu Peru abgebrochen und Brasilien hat seinen Botschafter in Lima zurückgezogen. Peru ist somit

- 7 -

weitgehend isoliert in Lateinamerika. Ein argentinischer Vorstoss - wahrscheinlich inspiriert von den USA -, Peru wieder in die Gruppe von Rio zu inkorporieren, wurde - zwar unter Anerkennung, dass die Wahlen vom 22. November einen wichtigen Schritt zur Rückkehr zur repräsentativen Demokratie bedeuteten - am 2. Dezember auf Vorschlag Venezuelas in Buenos Aires abgelehnt. Trotz dieser Isolierung hat Peru seine Rechte im Andenpakt temporär suspendiert und steht somit heute weitgehend allein da.

Die Bilanz von F's bisheriger Regierungstätigkeit bezüglich der wichtigsten Probleme Perus lässt sich wie folgt zusammenfassen:

Im Wirtschaftsbereich vermochte F in den zweieinhalb Jahren wichtige und fundamentale Aenderungen durchzusetzen. Es gelang ihm vorerst, die Seriösität und Glaubwürdigkeit der Regierung international wieder herzustellen. Sodann führte er die Basisreformen für eine offene Wirtschaft und einen freien Markt durch, und er normalisierte die Beziehungen mit den Bretton Woods Institutionen. Zu mildern, jedoch nicht zu lösen, vermochte er - trotz Rezession und Fiskaldisziplin - das Problem der Inflation, die 1992 immer noch um die 55 % betragen wird. Distorsionen verursachen weiterhin die hohen Zinssätze und der überbewertete Sol, die - neben der Rechtsunsicherheit und der unstablen Lage - für die dringend benötigten, aber nur zögernd kommenden privaten Investitionen verantwortlich sind. Ein äusserst gravierendes Problem ist ferner die andauernde Rezession. Wirtschaftsminister Bolona hatte zwar zu Jahresbeginn ein Wachstum von 3 % angekündigt, eine Prognose, die sich aber in ein Negativwachstum von vermutlich 3 % des BIP wandeln wird. 80 % der Unternehmen verzeichnen derzeit Verluste, was Schwierigkeiten im Finanzsystem, möglicherweise sogar dessen Zusammenbruch, zur Folge haben wird. Obschon die Wirtschaft dringend Aenderungen im Stabilisierungsprogramm - dessen Handhabung zudem allgemein kritisiert wird - verlangt, soll der Währungsfonds im Begriffe sein, ein neues dreijähriges Programm ohne jegliche Aenderungen auszuarbeiten. Ob sich unter diesen Voraussetzungen die Rezession mildern lässt (Prognosen des Wirtschaftsminister für 1993: Wachstum von 3,5 %, Reduktion der Inflation auf 30 %, Erhöhung der Steuereinnahmen auf 8 % des BIP) ist zweifelhaft. Anerkannte Wirtschaftsanalysten wie Richard Webb meinen, dass erfahrungsgemäss die Rekuperation eines Entwicklungslandes am Tag der raschen und dauerhaften Zunahme der Exporte beginne. Mit dem weiterhin billigen Dollar ist Peru jedoch noch nicht auf diesem Weg.

- 8 -

Der Wirtschaftsminister hat für 1993 auch endlich höhere Sozialausgaben zu Gunsten der Aermsten, die inzwischen 60 % der Bevölkerung ausmachen, angekündigt. Solche Ankündigungen sind jedoch schon oft erfolgt, wurden dann aber aus Budgetgründen wieder zurückgenommen oder eingeschränkt; ein autonomes, transparentes Sozialhilfeprogramm, das die sozialen Kosten des Stabilisierungsprogramms mildert und Arbeitsplätze schafft, besteht nur in Ansätzen. Waren 1986 52.1 % der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung Lima's adäquat beschäftigt, so waren es 1991 nur noch 15,6 %. Waren 1986 42,6 % teilbeschäftigt, so waren es 1991 78,5 %. Wenn der Wirtschaftsminister deshalb den sich beklagenden Unternehmern immer wieder sagt, sie müssten eben Ueberkosten eliminieren, um konkurrenzfähig zu werden, so heisst dies nichts anderes, als Stellen abzubauen, was in der aktuellen Krisensituation ein zweischneidiges Schwert ist, zumal es kaum neue Arbeitsplätze gibt. Kurzfristig muss deshalb mit Krisen gerechnet werden, langfristig - man spricht von 1999 - darf mit einer Verbesserung der Wirtschaftssituation gerechnet werden.

Mit der Verhaftung Abimael Guzmans alias Präsident Gonzalo ist es der Regierung F gelungen, den bisher grössten Sieg in dem 12-jährigen Kampf gegen den Sendero Luminoso (SL) zu erzielen. Mit dem Ausfall - sei es durch Verhaftung oder Tod - praktisch des ganzen SL-Zentralkomitees scheint der Staat zum ersten Mal die taktische Initiative zu haben, indem er entscheidet, wo und wann er zuschlagen will und sich nicht auf das blosse Reagieren beschränken muss. Die Tatsache, dass sich die Wahlen vom 22. November ohne nennenswerte Störungen seitens des SL abgespielt haben, sind ein weiteres Indiz, dass sich der SL in der strategischen Defensive befindet und seinen Zenit überschritten haben dürfte, was aber noch nicht das Ende des Terrorismus bedeutet. In der Tat gehen die Attentate weiter, erreichen aber nicht das spektakuläre Ausmass wie noch im Juni/Juli.

Es ist F zu Gute zu halten, dass erstmals seit 1980 eine Antisubversionsstrategie besteht. Diese Strategie entspricht den Vorstellungen der Streitkräfte und wird zwar als autoritär, aber nicht als genozid bezeichnet. Die Entschlossenheit F's, gegen den Terrorismus vorzugehen, kam bereits in den im November 1991 dem Parlament zur Genehmigung übermittelten Pazifizierungsdekreten, zum Ausdruck. Diese wurden damals v.a. von der Linken stark kritisiert, weil sie autoritär seien und die Militarisierung eines hauptsächlich politischen Konfliktes bedeuteten. Seit der Verhaftung Guzmans sowie der führenden Mitglieder des SL ist die diesbezügliche Kritik verstummt. Wie die Erfahrung in anderen Ländern gezeigt hat, lässt

sich eine subversive Organisation von der Art des SL jedoch nicht nur mit militärischen Aktionen ausrotten; damit dieser Kampf erfolgreich ist, ist die Unterstützung einer demokratisch organisierten Bevölkerung wesentlich. Aber hier hat die Regierung bisher kein Verständnis gezeigt. Sie bevorzugt punktuelle Aktionen, indem sie die Armee im Morgengrauen Pueblos Jovenes nach möglichen Subversiven durchkämmen und anschliessend der Bevölkerung Nahrungsmittel verteilen lässt. Ist die Armee wieder abgezogen, bleibt jedoch dasselbe Machtvakuum wie vorher zurück und die Bevölkerung fühlt sich allein gelassen. Der militärische Sieg über den Terrorismus dürfte sich deshalb als ephemär erweisen, wenn nicht diese politische Komponente dazu kommt und wenn nicht die Ursachen der Subversion - die extreme Armut, die Frustration und die Verzweiflung der Bevölkerung - bekämpft werden. Solange dieser Nährboden besteht, sind auch die Voraussetzungen für das Gedeihen subversiver Bewegungen, handle es sich um SL oder irgend eine Nachfolgeorganisation, gegeben. Die andere Terroristenbewegung, das Movimiento revolucionario Tupac Amaru (MRTA) hat ebenfalls ihr Führungsgremium verloren. Sein Chef, Victor Polay, der kurz vor dem Ende der Amtszeit AGP's aus dem Gefängnis geflüchtet war, sitzt wieder hinter Schloss und Riegel, womit die zentrale MRTA-Führung ausgeschaltet ist. Es gibt derzeit nur noch zwei Regionalkommandos - im Alto Huallaga und in Cajamarca -, die aktiv sind. Im Gegensatz zum SL machen viele MRTA-Mitglieder vom Gesetz der Reue (ley de arrepentimiento) Gebrauch und ergeben sich. Wenn F sagte, dass er das MRTA bis Mitte 1993 ausgeschaltet haben werde, so dürfte dies im Bereich des Möglichen liegen.

Die vor allem im Zusammenhang mit der Subversionsbekämpfung vorgekommenen schweren Menschenrechtsverletzungen sind zurückgegangen. Es kann heute gesagt werden, dass Armee und Polizei die Menschenrechte nicht mehr systematisch verletzen. Bedenklich ist allerdings, dass seit kurzem im Zusammenhang mit mysteriösen Ermordungen wieder vom Auftauchen paramilitärischer Gruppen die Rede ist, womit leider auch das Risiko des Rückfalls in den schmutzigen Krieg besteht.

Die Menschenrechtsverletzungen liegen heute auf anderer Ebene. Da niemand weiss, welche Teile der Verfassung gelten, weiss auch niemand, welche Garantien der Bürger noch hat. Ferner ist die Unabhängigkeit der Gerichte in Frage gestellt. Die von F neu ernannten Richter und Staatsanwälte verkünden juristische Monstruositäten, die entweder auf Instruktionen von oben oder auf Inkompetenz beruhen. Der Präsident selbst kündigt Urteile über Personen an, bevor diese von einem Gericht abgeurteilt sind.

- 10 -

Er scheut sich auch nicht, politische Gegner wie Maximo San Roman, Abel Salinas oder Mercedes Cabanillas via Fernsehen der Komplizenschaft bei der Rebellion vom 13. November zu bezichtigen, ohne dafür Beweise zu haben. Die Garantien für einen fairen Prozess sind so prekär, dass der Verteidiger von General Salinas, Borea, Ex-Senator und prominentes PPC-Mitglied, um Asyl in Costa Rica ersucht hat, was dem Image Perus alles andere als förderlich ist. F spricht ebenfalls davon, den Pakt von San José zu kündigen, um die Todesstrafe für Terroristen einzuführen; dabei ist zu fürchten, dass diese auch retroaktiv angewendet werden wird. Gemäss letzten vertraulichen Informationen will F gleichzeitig mit den Munizipalwahlen ein Referendum über die Einführung der Todesstrafe sowie über die unmittelbare Wiederwählbarkeit des Präsidenten abhalten.

Was das Problem des Kokaanbaus und des Narcotraficos betrifft, so sagte einer der besten Kenner der Materie kürzlich, dass die von der Regierung bisher getroffenen Gegenmassnahmen nichts anderes als Feuerwerke sind. F hat am 26. Oktober 1990 mit viel Publizität die sogenannte "Doctrina Fujimori" verkündet, die im wesentlichen besagt, dass die Kokabauern nicht mehr als Kriminelle zu behandeln sind und dass das Hauptgewicht auf eine alternative Entwicklung zu legen ist. In dieser Hinsicht sind jedoch bisher nur Versprechungen gemacht worden, geschehen ist nichts, und die Frustration der Cocaleros ist entsprechend. Das Scheitern des lange erwarteten und schliesslich am 14. Mai 1991 mit den USA unterzeichneten Antidrogenabkommens, der wenig erfolgreiche Drogengipfel von San Antonio, die Ungewissheit über die zukünftige Drogenpolitik der Administration Clinton, das Fehlen von Mitteln im Land selbst, um das Problem anzugehen, bewirken, dass der Narcotrafico weiterbesteht. Es zeichnet sich heute kurzfristig keine Strategie ab, die dieses Phänomen progressiv zu beseitigen vermöchte.

F hat sein Amt mit dem Versprechen angetreten, gegen die Korruption anzukämpfen und eine Moralisierung vorzunehmen. So wurden bisher wiederholt Säuberungen in der Polizei vorgenommen, es wurden korrupte Beamte sowie eine grosse Anzahl angeblich korrupter Richter aller Instanzen entlassen, n.b. ohne dass ihnen die Möglichkeit der Verteidigung zugestanden worden wäre. Mit diesen punktuellen Aktionen hat F gewiss Exempel statuiert. Er hat die Moralisierung aber auch skrupellos als Instrument im Dienste der Macht benützt, um ihm nicht genehme Personen anzuklagen oder auszuschalten. Eine wirkliche Moralisierung lässt sich jedoch nicht von heute auf morgen mit

- 11 -

Bestrafungen, sondern nur langfristig durch Erziehung erreichen, die jedoch vom Staat leider sträflich vernachlässigt wird. Parallel dazu müssten grundlegende Systemreformen durchgeführt werden, die weniger Gelegenheiten zur Korruption bieten.

Die Situation in Peru bleibt auch nach den Wahlen für den konstituierenden Kongress fragil und unstabil. F ist zwar formal zur Institutionalität zurückgekehrt, hat aber alle Macht bei sich konzentriert behalten. Er regiert demnach als Diktator in einer Demokratie, deren Institutionen formal bestehen, die aber nicht autonom sind. F ist aber möglicherweise im Begriff, den Bogen zu überspannen und die letzte noch funktionierende Institution, die Armee, zu demütigen, was gefährliche Folgen haben könnte. Sollte F aus irgendeinem Grunde ausfallen, ist das von ihm um sich herum geschaffene Machtvakuum so gross, dass mit unabsehbaren Konsequenzen zu rechnen ist. Ist somit das Ausland - um in Peru eine potentielle Katastrophe und damit ein Risiko für Lateinamerika zu vermeiden - gewissermassen gezwungen, den autoritären F zu unterstützen, um damit das Land vor Schlimmerem zu bewahren? Langfristig mag die Prognose für Peru zu Hoffnung Anlass geben, kurzfristig bleiben meines Erachtens diesem geplagten Land jedoch weitere Krisen nicht erspart.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER



(S. Pauli)